

Krautauer Zeitung.

Nr. 170.

Samstag, den 26. Juli

1862.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit dem ersten Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3/4 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Belegungen und Gelber übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Ämtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Juli d. J. den Rath des mährisch-schlesischen Obergerichtes Ferdinand Hank zum Hofrath des obersten Gerichtshofes allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 26. Juli.

Nach der „Donau-Ztg.“ bilden die Verhältnisse bezüglich Montenegro's keinen Gegenstand der in Konstantinopel kürzlich eröffneten, lediglich die serbischen Angelegenheiten betreffenden Conferenzen.

Bekanntlich hat Oesterreich die ergangene Einladung, nur in diesem Sinne und mit dieser Beschränkung angenommen. Allerdings, schreibt man dem „Botschafter“ aus Paris, ist es keineswegs unwahrscheinlich, daß die Conferenzen, trotz des Einspruches der Pforte gegen die diplomatische Einmischung in ihre staatsrechtlich-Verhältnisse zu Montenegro, welches auf dem großen Congreß von 1856 als ein Verhältniß der reinen Territorialhoheit anerkannt worden, auch diese Angelegenheit in den Bereich ihrer Berathung ziehen und daß Oesterreich, da es sich hier für daselbe nicht um eine Prinzipienfrage handelt, kaum sich berufen fühlen dürfte, sich dem zu widersetzen. Was übrigens das montenegrinische Angelegenheit anbelangt, so scheint das montenegrinische Cabinet dem österreichischen daraus einen Vorwurf zu machen, daß es die von ihm angenommene diplomatische Intervention zwischen der Pforte und dem Fürsten Nikita nicht durchgeführt habe. Hier findet man nämlich die als Bedingung jener Intervention vom Fürsten geforderte Beantwortung des von Omer Pascha gestellten Ultimatum's für genügend; in Wien aber wird man dagegen, und zwar mit vollem Rechte, der Ansicht sein, daß diese Antwort im Grunde nur eine Verhöhnung der Pforte ist und daß also die Grundbedingung zur Verwirklichung jener Intervention noch zu erfüllen bleibt.

Frankreich und Rußland, sagt der „Temp“, haben sich über die Redaction einer gemeinschaftlichen Note in der serbischen Angelegenheit geeinigt. Diese Note soll einen Congreß über die orientalischen Frage beantragen. Auf der anderen Seite vernimmt man, daß das Einverständnis zwischen England und Oesterreich in derselben Frage ein vollständiges ist. Die Pforte, die gern jeder Collectiv-Note und Conferenzen über ihre gegenwärtige und zukünftige Stellung ausweichen möchte, soll sich entschlossen haben, die Initiative zu versöhnlichen Maßregeln in Serbien zu ergreifen. Die russisch-französische Action ginge jedoch, wie man versichern will, viel weiter; sie würde sich auf die gesammte Lage des türkischen Orients erstrecken, und die beiden Kaiser stimmten darin, z. B. überein, dem Sultan die von Syrien Arabien zukommen zu lassen.

Die Ansichten des britischen Cabinetes über die Vorgänge in Serbien hat Lord Palmerston in der Parlaments-Sitzung vom 21. in einer sehr präcisen Weise ausgesprochen. Wir entnehmen seine Aeußerung einem allen Pariser Blättern zugewandten Telegramm aus London. Auf eine Interpellation des Herrn Griffith sagte der Premier: „Die Regierung hat keine Mittheilung erhalten über die Absicht der Pforte, in Serbien einzumarschiren. Die Türken hatten das volle Recht Belgrad zu bombardiren, sobald sie es für nöthig hielten. Das Bombardement begann in Folge eines Angriffes auf einige türkische Offiziere.“ Welchen Barrak hatten europäische Zeitungen gemacht, wenn Graf Rechberg eine so kalte und scharfe Aeußerung gegen Serbien gemacht hätte.

Nach der „Temp“, Ztg.“ hat die fürstlich serbische Regierung bereits ein Memorandum ausgearbeitet, worin in geordneter Reihenfolge alle Beschwerden umständlich ausgeführt sind, die Serbien „gegen den türkischen Druck und türkische Willkürherrschaft“ zu erheben hat. „Die christliche Barmherzigkeit Europa's“ wird darin angerufen, um die unter türkischen Gewaltthaten leidenden Völker von ihrem Druck zu befreien. Unter den in dieser Schrift angebrachten Forderungen ist unstreitig jene am geschicktesten angebracht, welche — mit einem Rückblick auf das jüngste Bombardement von Belgrad — das Recht für Serbien nachweist, nunmehr Garantien gegen ähnliche willkürliche Handlungen verlangen zu können. Wenn dieser Rede Sinn noch dunkel sein sollte, erklären wir, daß Serbien unter diesen Garantien, obgleich es nicht wörtlich ausgesprochen ist, nichts anderes versteht, als die Schleifung aller türkischen Festungen in Serbien. Man fand es nicht nothwendig, diese verlangten „Ga-

rantien“ gegen eine wiederholte Beschließung der Stadt deutlicher zu betonen. Die Vertreter Frankreichs und Rußlands dürften mit der bezüglichen Erklärung bei Verhandlung dieses Punktes schon hervortreten und bei der Conferenzen auf die Schleifung der Festungen d. n. Antrag stellen. Man will sogar wissen, daß diese in dem serbischen Memorandum bloß wörtlich angedeuteten „Garantien“ deshalb ohne weitere Erklärung angebracht wurden, um den eben gedachten beiden Großmächten ein Mittel in die Hände zu geben, gerade dann Uneinigkeit zwischen den Conferenzenmitgliedern hervorzubringen, wenn man die Aufhebung der Conferenzen und die Entscheidung der serbischen und montenegrinischen Angelegenheit mit den Waffen für gut finden sollte.

In Belgrad ist am 24. d. aus Constantinopel seitens der Mitglieder der Conferenzen eine Depesche an sämtliche Vertreter der Großmächte eingetroffen, welche dieselben aufforderte, dem Fürsten Michael eine Vorstellung zu machen, damit derselbe seine ganze Autorität aufbiete, daß während der Conferenzen die Rechte und das Territorium der Türken von den Serben nicht verletzt werden, da auch die hohe Pforte die feierliche Erklärung gegeben, daß türkischerseits Leben und Eigenthum der Serben gewissenhaft respectirt werden würde. Der Fürst empfing die Vertreter Oesterreichs, Rußlands, Frankreichs, Englands, Preußens und Italiens und erwiderte auf ihre Ansprache, daß die Serben bereits seit Einstellung der Feindseligkeiten jeden Conflict vermeiden und dies jetzt um so mehr geschehen würde, da die hohe Pforte sich den Großmächten gegenüber zu demselben Verhalten verpflichtet habe.

Auch der „K. Z.“ schreibt man aus Berlin: Es scheint sich in der römischen Frage eine Wendung vorzubereiten und man spreche davon, daß in nicht ferne Zeit die Lösung derselben versucht werden solle. Die Erklärung des Ministers Durando im italienischen Parlament vom 19. läßt Aehnliches durchblicken. Wie man noch hört, sollen während des sogenannten Concils in privaten Zusammenkünften, von welchen Frankreich Kenntniß erhielt, feindliche Gesinnungen gegen den König von Italien und den Kaiser Napoleon hervorgetreten sein, die zu jenen veränderten Dispositionen beigetragen haben. Man will wissen, daß die bezüglichen Maßnahmen vielleicht noch vor dem Herbst getroffen werden dürften.

Das Gerücht, die französische Regierung habe wegen der von Garibaldi in Palermo gehaltenen Rede eine Note nach Turin gesandt, entbehrt nach dem Pariser Corr. der F.P.Z., der Begründung. Die im Turiner Parlament durch die Organe der Regierung Victor Emanuels deshalb abgegebenen Erklärungen sollen dem Kaiser genügt haben.

In London ist der Independance zufolge die Nachricht eingetroffen, daß der General McClellan sich etwa einen Monat lang hindurch auf der Defensiven halten würde.

Einem in London umlaufenden Gerüchte zufolge erwartet man daselbst einen Verwandten des Schah's von Persien. Derselbe soll jedoch, wie man glaubt, nicht um Besuch der Weltausstellung, wohl aber wegen politischer Angelegenheiten nach London kommen. Persien hat eben schon seit längeren Jahren einen, unter gewissen Umständen, gefährlichen Nachbarn an Rußland. (S. u. Levant. Post.)

Die letzten Nachrichten aus Mexico sind vom 10. Juni. Die beiden nordamerikanischen Abgesandten haben diese Stadt bereits verlassen. Das Resultat ihrer Mission war aber noch unbekannt. Demselben Schreiben zufolge hatte der mexicanische General Zaragoza von Juárez den Befehl erhalten, keinen allgemeinen Angriff zu wagen. Er sollte sich darauf beschränken, die Franzosen zu beunruhigen und ihre Zufuhr abzuschneiden.

Der Abschluß des Vertrages mit dem Kaiser von Anam soll anfänglich auf Schwierigkeiten gestoßen sein. Zunächst wollte er keinen französischen Gesandten in Hue empfangen, weil diese Stadt eine Festung sei, und dann wollte er für Spanien sich zu keinem Zugeständnisse verstehen, weil er einen von einer Frau regierten Staat nicht anerkenne.

Nach einem Wiener Schreiben der Berliner Botschaft hat der König von Württemberg, Angeleits der Verkündung in einem großen Theil des Zollvereins über den Inhalt des preussisch-französischen Handelsvertrages und im Hinblick auf den beabsichtigten Eintritt Oesterreichs in den Zollverein, in Paris einen vertraulichen Schritt unmittelbar zu Händen des Kai-

sers Napoleon gethan, welcher geradezu eine Revision des seither bloß paraphirten Vertrags zwischen Preußen und Frankreich, mit Rücksicht sowohl auf die im gegenwärtigen Zollvereinsgebiet dagegen laut gewordenen Bedenken, als auf die Eventualität neuer Zollbildungen in Anspruch nehme, und dabei vorwiegend das Moment zur Geltung bringe, daß Süd- und Mittel-Deutschland, mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht bloß nach seinen industriellen, sondern auch nach seinen politischen Interessen zu Oesterreich gravitire und Frankreich schließlich, falls eine Zollvereinigung zwischen Oesterreich und dem Zollverein nicht zu Stande kommen sollte, nur die Wahl zwischen einem beschränkteren und wesentlich preussischen Markte oder zwischen einem Absatzgebiet haben werde, welches die industriell verhältnißmäßig wenig entwickelten Länder südwärts des Rains bis an die Grenzen des Dömanischen Reichs begreife. Das betreffende Schreiben, welchem eine Denkschrift beigegeben ist, deren Schluß in sehr prägnanter Weise darauf hinweisen soll, daß die politischen Interessen Frankreichs und des deutschen Nordens nach Lage der Beziehungen des letzteren zu England nie identisch sein können, dürfte zwischen dem 9. und 13. Juli in Paris übergeben sein, und man darf ohne Zweifel annehmen, daß Fürst Metternich, von der Ueberreichung desselben verständigt, seinerseits mit Instruktionen versehen ist, in Uebereinstimmung damit zu agiren.

Der „Morning Herald“ ist der Ansicht, daß der Eintritt Oesterreichs in den Zollverein für den letzteren selbst, für Deutschland und Europa ein großer Gewinn sein würde, und das genannte Blatt hält die Vorschläge des Grafen Rechberg für eine ehrliche und gute Vereinsbasiß.

„Magyar Szajto“ widmet dem projectirten Eintritt Oesterreichs in den Zollverein einen kurzen Artikel, welcher sich im Princip für den Anschluß ausspricht, weil der Freihandel und das Fehlen der Zollschranken für Ungarn nur vortheilhaft sei; doch macht er auf das constitutionelle Princip aufmerksam: Nihil de nobis sine nobis.

Der Motivirung der im preuss. Abgeordnetenhaus von dem Abg. Reichensperger gestellten Interpellation über die Anerkennung des Königreichs Italien entnehmen wir folgende, die Bedenlichkeit des dem preussischen Cabinetes beliebten Schrittes nur allzu klar darlegende Stelle: Ein doppelter Grund ist für die Anerkennung Italiens denkbar: Das Nationalitätsprincip und das Recht der vollendeten Thatsachen. Was das erstere anlangt, so hat sich der frühere Minister des auswärtigen (schneidend genug gegen daselbe ausgesprochen, auf welche Ausführungen ich mich nur zu stützen brauche. Sollte dies der Grund der Anerkennung für die Staatsregierung gewesen sein, während dieselbe früher der italienischen Regierung gegenüber erklärt hat, daß jenes Princip eine gänzliche Umkehr der Rechtsverhältnisse, völlige Auflösung und die Herrschaft des Faustrechts begründe? Ich hoffe, es ist dies um so weniger der Fall gewesen, als die Frage des Nationalitätsprincips für uns keine lediglich doctrinäre Bedeutung hat, da ähnlich: Ansichten und Bestrebungen sich auch bei uns geltend machen wollen. Und man kann doch in Italien nicht gelten lassen, was für Preußen keine Geltung beanspruchen darf. Den anderen Grund der Anerkennung kann das Recht der vollendeten Thatsachen abgeben. Ich wage dieses Recht an sich nicht in Frage zu stellen, es ist unbegründet in der Natur des internationalen Verkehrs, der kein höheres Recht gelten läßt. Aber deshalb ist doch nicht jede vollendete Thatsache eine berechtigte, und wenn auch weder durch Theorie noch durch Praxis genügende Grenzen festgesetzt sind, innerhalb deren vollendete Thatsachen als berechtigt gelten müssen oder nicht, so gibt es doch unzweifelhaft gewisse, eine Thatsache begleitende Umstände, welche derselben die Berechtigung abbrechen. Ich halte mich in dieser Beziehung an die Autorität Welcker's, der auseinandergesetzt, daß auf Grund der vollendeten Thatsachen ein Staat nur anerkannt werden könnte, wenn die sichere Gewisheit vorhanden sei, daß derselbe thatsächlich bestehen kann, und wenn der Staat sichere und taugliche Garantien für einen friedlichen völkerechtlichen Verkehr gewähre. Sei der Staat, sagt Welcker weiter, dagegen noch nicht innerlich gesichert, so sei bis dahin das Urtheil über denselben zu suspendiren. Ich glaube nun, an einer solchen Sicherheit gebietet es einem Staate, wenn er so unsicher verfährt, wie wir es in Italien heute sehen, wenn er eine fremde Macht als Krücke so nöthig hat, wie Italien den Schutz Frankreichs. Ich frage nun,

steht die Staatsregierung auf denselben Principien und fordert sie dieselben Garantien der Sicherheit? Wie aber ist der italienische Staat entstanden? Nicht durch einen Krieg, nicht durch Eroberung, sondern durch eine widerrechtliche Besiznahme im Bunde mit der Revolution, deren man sich bedienen kann, ohne ihr zu dienen. Durch keinen Frieden hat man die annectirten Provinzen erlangt, wenn nicht durch jenen Frieden, der, wie der römische Geschichtschreiber sagt, das Land zur Einöde macht. (Gelächter links.) Wenn ein legitimer Fürst sich mit Kanonen Gehorsam verschafft, so heißt er König Bombaz; wenn die Revolution aber daselbe thut, so sind großartige Dinge vorgegangen, deren Rechtfertigung durch die Sympathien der Völker unzweifelhaft ist. Ich frage, gibt diese Entsehung des italienischen Staates die für die Anerkennung nöthige Garantie? Dazu aber ist die Befreiung Italiens noch nicht vollendet, wie die Nachhaber selbst bekennen, indem sie Italien bis zur Adria frei wissen wollen und Rom als italienische Hauptstadt verlangen. Ich bin von dieser Nothwendigkeit der römischen Hauptstadt für ein Bestehen Italiens fest überzeugt, ich glaube selbst, daß eine Unterwerfung Neapels, Mailands, Florenz' unter Turin unmöglich ist, daß jene Städte sich nur Rom unterordnen werden. Es fehlt also gewiß noch viel an der vollendeten Sicherheit Italiens, wenn es ein Rumpf ohne Haupt und Seele ist, wenn die Seele im Besitze des Papstthums, oder wenn Sie wollen, in der Gewalt des französischen Kaisers sich befindet. Denn wenn Napoleon III. bei Beginn des italienischen Krieges den fremden Einfluß in Italien brechen wollte, so war dies nur gegenüber von Oesterreich gemeint, der französische Einfluß ist dagegen nur stärker geworden, selbst der materielle Besitz Frankreichs in Italien. Ob und wann der französische Kaiser dem italienischen Reiche Haupt und Seele zurückgeben wird, ist doch gewiß zweifelhaft, und ich zweifle, ob die Anerkennung Preußens Einfluß auf die Lösung dieser Frage ausüben wird. Sollte sie diese Folge aber auch wirklich haben, so ist es doch sehr fraglich, ob eine solche Eventualität durch Preußen herbeigeführt werden darf, ob dies im Interesse Preußens und gar sieben Millionen preussischer Katholiken liegt. Die Souverainität des Papstes ist nöthig für die Unabhängigkeit der katholischen Kirche; der Papst darf nicht Unterthan eines andern Monarchen sein, wie Napoleon I. anerkannt hat. Die erwähnte Depesche Durando's will nun zwar über diese Frage dadurch beruhigen, daß er versichert, die Lösung solle nur durch moralische Mittel herbeigeführt werden. Aber man muß hier doch Zweifel hegen, wie das Wort „moralisch“ zu verstehen, ob in dem gewöhnlichen oder dem juridischen Sinne (Heiterkeit), ob durch dieselben Mittel, wie früher, oder ob vielmehr nun die früheren Mittel von der italienischen Regierung selbst als unmoralische anerkannt werden. (Heiterkeit.) Die Depesche selbst hält an der Nothwendigkeit Roms als italienischer Hauptstadt fest, eine unter friedlichen Verhältnissen in der That nie vorgekommene Prävention. Hierin, scheint mir, ist kein Beweis einer völkerechtlichen, friedlichen Gesinnung enthalten, welche der Staatsregierung die für die Anerkennung Italiens erforderliche Garantie geben könnte. Eben so erklärt die Depesche Durando's Aetionen für nothwendig. Es ist aber in gleicher Weise nothwendig für Deutschland, worüber ich auf den General Radowitz, auf die Erklärung der preussischen Regierung und des preussischen Generalstabes bei Beginn des italienischen Krieges verweise. Wie, frage ich, denkt die Staatsregierung sich hierzu zu verhalten? Durando gibt hierüber nur die Zusicherung, daß die italienische Regierung unvorsichtigen Unternehmungen, die ihre Zustimmung nicht hätten, entgegenzutreten werde. Sie erhält also die eigenen Forderungen der italienischen Regierung aufrecht und macht ausdrücklich nur Oesterreich für die Folgen des Fortbestehens Venetiens verantwortlich. Können wir es uns bieten lassen, wenn Garibaldi sich rühmt, das deutsche Grundgesetz aus Italien hinauszuwerfen zu wollen? (Bravo im Centrum.) Hat allem dem gegenüber, frage ich, die preussische Staatsregierung Vorbehalte gemacht gegen eine Regierung, die Verträge zerrissen und die Grenzlinie verrückt hat, auf deren für die Zukunft abgegebene Erklärungen und Versprechungen man deshalb kein Gewicht legen kann? Ein endlicher Grund für die Anerkennung Italiens soll der sein, daß dadurch die italienische Regierung eine neue Revolution zu beseitigen in den Stand gesetzt werde. Italien kennt, indem es diesen Grund ebenfalls geltend macht, aber selbst an, daß es noch einer Prüfung seiner Existenz gegen die Revolution bedarf, und es hätte auch hierin für die Staatsregierung im Gegentheil nur ein Grund liegen

können, die Garantien zu finden, welche die Anerkennung voraussetzt. (Bravo im Centrum).

Die Berliner „Kreuzzeitung“ meint von der Anerkennung Italiens: „Der Gewinn Preußens dürfte zunächst in nichts Weiterem bestehen, als in einer gesteigerten Verwirrung der politischen Begriffe und in der Erklärung der Sympathie eines gewichtigen und anerkanntertheils Bestandtheils des preussischen und deutschen Volkes, — ein Verlust, den man Angesichts der inneren Krisis nicht unterschätzen sollte.“

Die Madrider Correspondencia vom 21. d. sagt, es sei möglich, daß die spanische Regierung das Königreich Italien unter gewissen Bedingungen anerkennen werde.

Wie telegraphisch bekannt, hat in der zweiten piemontesischen Kammer der Abgeordnete Petrucci den Minister des Aeußern über die auswärtige Politik der Regierung interpellirt. Petrucci ist ein entschiedener Feind der französischen Allianz und sieht auch das Verhältnis zu Rußland mit schmerzlichen Augen an. Im Wesentlichen richtete er folgende Fragen an die Regierung: Ob die Regierung bei der französischen Allianz zu beharren gedenke, obwohl diese leicht zu schädlichen Konsequenzen führen könne und zur Lösung der römischen und venetianischen Frage nicht sonderlich beizutragen scheine; ob Schritte bei den deutschen Regierungen zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen gemacht worden seien; ob das allgemein circulirende Gerücht von einer in letzter Zeit erfolgten Lockerung der Freundschaftsbande mit England begründet sei; wie die Beziehungen zu Belgien, der Schweiz und Spanien beschaffen seien; welche Haltung die Regierung in Konstantinopel angesichts der dort bevorstehenden ernsten Fragen anzunehmen gedenke? Unterstützt wurde Ricciardi von dem Abg. Toscanelli, dessen Interpellationen sich vorzugsweise auf die römische Frage bezogen; der Regierung sei es nicht um eine schleunige Lösung derselben zu thun und eben so wenig wolle Frankreich, das durch die Anwesenheit seiner Truppen in Rom sowohl sich als Italien schade, irgend eine Lösung herbeiführen oder gestatten. Der Minister Durando erwiderte, er könne Herrn Petrucci nicht überallhin folgen; sein Amt und die Kürze der Zeit verböten es ihm. Die englische Regierung habe ihm nie Eröffnungen betreffs der römischen Frage gemacht. Bezüglich des unlängst veröffentlichten Briefes des Prinzen Murat habe er an die französische Regierung Bemerkungen gerichtet. Was die Anerkennung von Seite Rußlands angehe, so seien keine anderen Noten gewechselt und keine anderen Verhandlungen gepflogen worden als die der Kammer bereits bekannten. Auf die Frage, ob die Regierung die Allianz mit Frankreich festhalte, entgegnete der Minister: Zwischen uns und Frankreich besteht kein Vertrag, nur eine moralische Allianz, eine Art gemeinsamer Verantwortlichkeit. Diese aber könne und dürfe Italien nicht über gewisse Grenzen fortstreifen, die von seinen Interessen vorgezeichnet sind. Wir haben nie die Absicht gehabt, nach Mexico zu gehen. Die Gerüchte von neuen Allianzen sind irrtümlich. Die englisch-französische Allianz besteht immer fort. Die Annäherung Rußlands ist eine wichtige Thatsache. Italien wird das Bindeglied zwischen den westlichen Mächten und jenen des Ostens sein; darin besteht sein Beruf. Vor einem Jahre ungeschaffen, wie er glaube, Verhandlungen wegen Erlangung Venetiens angeknüpft gewesen. Im gegenwärtigen Augenblicke könnten sie jedoch nicht wieder aufgenommen werden. Mit den Regierungen Deutschlands sei verhandelt worden, doch sei er, der Minister, bis jetzt nicht im Stande, befriedigende Auskünfte zu geben, obwohl auch in Deutschland die Sympathie der Völkler für Italien täglich zunehmen. Die Beziehungen mit Belgien sind freundschaftlich und es werde eben ein Handelsvertrag in Berathung gezogen. Was die Schweiz betreffe, so wäre es unpolitisch, den guten Beziehungen mit derselben Hindernisse in den Weg zu legen. Würde es sich unter gewissen Eventualitäten als nothwendig erweisen, daß ein Theil des Gebietes der Schweiz sich seinem natürlichen Vaterlande anschließen, so werde er seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die abgetretenen Länder durch neue Provinzen (?) zu ersetzen. Italien werde alles thun, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern. Die zwischen Italien und Spanien bestehenden Meinungsverschiedenheiten seien der Ausgleich nahe. Schließlich sprach Durando auch von der römischen Frage, die er zwar nicht zu lösen, aber auf ihre wahre Bahn zu lenken hoffe. Religiöse Agitationen könne er nicht zulassen. Italien habe die Welt durch seinen Aufschwung, seine Eintracht in Erkennen gesetzt; es sei nur noch ein drittes Wunder nöthig: die Gebuld! Wenn man diese übe, so werde man in nicht ferner Zeit nach Rom gelangen.

Krakau, 26. Jul.

Wie uns mitgetheilt wird, hat die königl. polnische Regierung-Commission des Inneren die im Zwecke der Zeitanhaltung der Verschleppung der Hornviehseuche aus Galizien an der polnischen Grenze dem Przemysler Kreise gegenüber eingeführten Vorsichtsmaßregeln um so mehr aufzulassen befunden, als seit dem Erlöschen der Seuche in dem genannten Kreise drei Monate verfloßen sind, und seitdem kein neuer Seuchenausbruch daselbst zum Vorschein gekommen ist.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Steuer-Ausschuß hat am 24. d. eine weitere Sitzung gehalten, in welcher der an das Haus zu erstattende Bericht festgestellt wurde. Die Majorität (Prof. Herbst als Berichterstatter) macht die Gründe geltend, welche dieselbe bestimmten, dem Hause das Eingehen auf die neuen Finanzvorlagen zu empfehlen, während die Minorität (Dr. Tschek als Vertreter) sich darauf beschränkt, in wenigen Worten ihre entgegen-

gesetzte Meinung nach ihren beiden Richtungen hin auseinanderzusetzen. Es dürfte deshalb schon in der Sitzung vom 25. d. die Sache zur Entscheidung kommen, da, wie verlautet, von einer Drucklegung des Berichtes Umgang genommen werden soll. In dem Finanzausschuß wurde ferner der bereits in Druck gesetzte Verordnungsentwurf über das Promessensteuer-Gesetz verhandelt und nach den Anträgen des Abg. Dr. Giska erledigt. Dieselben beruhen auf dem Prinzip, wonach die Deponirung des betreffenden Leoses nicht gefordert wird, dagegen ist die Klagbarkeit derartiger Rechtsgeschäfte von dem Vorhandensein einer gehörig gestempelten Promesse abhängig.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Juli. Se. Majestät der Kaiser ist von Wimpasing wieder zurückgekommen und hat gestern Vormittags Audienzen erteilt. Se. Majestät der Kaiser hat Se. kais. Hoheit den Herrn Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer, den Herrn Minister des Aeußern Grafen von Rechberg, ferner den Juxta Curiae Grafen von Apponyi und den Gouverneur in Siebenbürgen FML. Grafen von Crenneville empfangen.

Nach den neueren Bestimmungen dürfte Ihre Majestät die Kaiserin, sobald die Nachkur in Pöffenhofen beendet ist, von Pöffenhofen nicht direct nach Wien zurückkehren, sondern einige Zeit in Ischl verbleiben. Es ist auch bereits Hofdienerschaft von hier nach Ischl abgegangen.

Ihre kais. Hoheiten der Herr Erzherzog Franz Karl und die Frau Erzherzogin Sophie werden Samstag, den 2. August über Salzburg nach Ischl abreisen. Ihre Maj. die Königin von Sachsen wird die Frau Erzherzogin Sophie bis nach Salzburg begleiten und begibt sich von dort über München nach Dresden zurück.

Ihre k. Hoheiten der Herzog von Modena und Gemalin haben sich auf einige Tage zum Besuche des Grafen von Chambrond und dessen Gemalin nach Frohsdorf begeben und werden am Samstag wieder hier eintreffen. Die Gerüchte, daß die Frau Gräfin Chambrond in geeigneten Umständen sich befinden, scheinen sich nicht zu bestätigen.

Ein Ministerrath hat gestern Nachmittags stattgefunden, an welchem die sämtlichen Minister, Hofkanzler und der Staatsraths-Präsident Theil genommen haben.

Ein „Eingefandl“ im „Vaterl.“ beantragt dem Prof. Wildauer, dem Bannerträger der Ehre Oesterreichs, den Se. Maj. der Kaiser für den durch mannhafteste That bei dem Frankfurter Festschießen bewährten Patriotismus so eben zum Ritter des Ordens der eisernen Krone ernannt, ein sichtbares Erinnerungszeichen zu weihen. Wenn es gilt, heißt es darin, einem Helden der modernen Beglückungstheorie eine Dotation zu bringen, sind tausend Federn, tausend Sungen geschäftig. Sollen heute die Scharen der Getreuen sich in Schweigen hüllen, gegenüber einem Ereignisse so erhebender Art? Ist es nicht unsere Pflicht, durch eine passende Ehrengabe laut zu verkünden, daß wir die Gesinnungen des edlen Tirolers hoch ehren und daß wir bereit sind, für sie, wie er, einzustehen mit Mänesmuth? *)

Dem „Allbild“ wird aus Wien geschrieben, daß der oberste Gerichtshof das gegen den Dr. Max Falk in dessen bekanntem Preßprozeß gefällte Urtheil abgeändert, und die Arrestdauer auf 3 Monate ohne Fasten herabgesetzt habe.

Die „Arader-Zeitung“ vom 23. d. theilt an der Spitze ihres Blattes eine vom dirigirenden Polizeicommissär Bolzano v. Kronstadt unterfertigte Verwarnung mit, welche „wegen beharrlich feindseliger Richtung“ des Blattes in Folge eines Statthaltereis-Erlasses mit Bezugnahme auf Paragraph 22 der Preßordnung erteilt wurde.

Prinz Peter von Oldenburg ist am 24. d. mit dem Lloyd-Dampfer aus der Levante in Triest eingetroffen.

Am 26. d. wird der Stapellauf der Panzerfregatte Juan d'Austria auf der Triester Werft Zonello stattfinden.

Deutschland.

Aus Berlin, 23. Juli, wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses brachte der Abgeordnete Stavenhagen folgenden Antrag ein: Unter ausdrücklichem Protest gegen die in dem Verfahren der Regierung in der Militärfrage liegende Verklammerung der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung, aber weil die Durchführung auf 1859 die Armee desorganisiren würde, bewilligt das Haus unter patriotischer Verzichtsleistung auf die volle Geltendmachung seiner verfassungsmäßigen Rechte den Militär-Etat für 1862 und 1863 unter thuntlichen Ermäßigungen, erhebt aber den bestimmten Anspruch auf Gesetzes-Vorlagen in der nächsten ordentlichen Session und Reducirung des Militär-Etats für 1864 auf ein kleineres Maß. Dagegen beabsichtigt der Abg. Bartsch die Streichung von fünf bis sechs Millionen am Militär-Etat. Die nächste gemeinsame Conferenz findet am Freitag Statt.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 24. Juli erklärte der Regierungskommissär, die Regierung hege die zuverlässige Hoffnung

*) Folgendes hübsche Anekdoten an Dr. Wildauer veröffentlicht die „Frankf. Postzeitung“:
Willkommen hier an un'rem deutschen Main, In un'rem Witz, Sprecher aus Tirol!
Laut ab-wähl'gend hast du sie entkräftet
Wie Abwahlen, deren Wörterspiel so hoch!
An eu're Fahne prangen Siegestrophäen,
Und eure Stützen haben es bewährt:
Es seien Deutsche und nicht Schwergensinder
Ruhmwohll in un'rem Frankfurt eingelehrt.

auf den Beitritt aller Staaten des Zollvereins zum preussisch-französischen Handelsvertrag; ferner: Die Regierung habe bekanntlich die Erklärung erlassen, daß Preußen ohne den französischen Vertrag, auch nicht auf Grundlage des jetzigen Tarifs den Zollvereinsvertrag erneuern werde. Damit sei die handelspolitische Richtung der Staatsregierung hinlänglich bezeichnet. Auf alle Eventualitäten könne nicht im voraus eingegangen werden.

Von höchster Wichtigkeit für die Verhältnisse im Großherzogthum ist eine Entscheidung des Posener Appellgerichts in der Sprachenstreitangelegenheit, die bislang zu so vielen Reclamationen Veranlassung gegeben. Die Entscheidung lautet: Wenn notorisch erwiesen ist, daß ein Pole der deutschen Sprache mächtig sei, so sind die Erlasse an ihn in deutscher Sprache abzufassen und er darf solche nicht zurückweisen.

In Koburg hat man das Bedürfnis gefühlt, der „A. A. Z.“ folgende Berichtigung zuzuschicken: „In einem der Berichte, welche die „Allg. Zeitung“ über das deutsche Schützenfest zu Frankfurt a. M. gebracht, findet sich eine Angabe, welche einer Mißdeutung Raum geben und so die Bedeutung stören könnte, welche die Verbrüderung der deutschen Schützenvereine sowohl in den Augen ihres Gründers und der unmittelbaren Theilnehmer, wie des ganzen deutschen Volkes haben sollte und gehabt hat. Es ist die Angabe, daß Lebehochs auf den deutschen Kaiser oft in hartnäckiger Aufdringlichkeit die Schritte des Herzogs von Coburg-Gotha begleitet hätten. Ich befinde mich in der Lage, die Versicherung geben zu können, daß weder Se. H. der Herzog, noch irgend einer von dessen Begleitern auch nur von einem solchen Ruf etwas gehört haben, eine Störung des Festes durch eine solche Demonstration also auch nicht erfolgt ist und nicht erfolgen konnte.“ (Die „A. A. Z.“ bemerkt dazu, daß der Bericht von einem ganz unbefangenen Beobachter stamme.)

Die Abgeordneten des Wiener Turnvereins erließen folgendes Lebewohl: „An unsere deutschen Schützen- und Turnbrüder in Frankfurt. Bei unserem Scheiden aus Frankfurt's gastlichen Mauern fühlen wir uns verpflichtet, für die uns zu Theil gewordene brüderliche Aufnahme unserem aufrichtigsten Danke Ausdruck zu geben. Lebet herzlich wohl, Ihr edlen deutschen Brüder! Möge es uns gelingen sein, in Euer Aller Herz eine ebenso freudige Erinnerung zurückzulassen zu haben, wie wir sie in unsere Heimat mitnehmen! Frankfurt, am 22. Juli 1862. Die Abgeordneten des Wiener Turnvereins.“

Die Tiroler „Volks- und Schützenzeitung“ vom 23. d. M. enthält folgendes Telegramm aus Nürnberg, 23. v. M., von Dr. Schönherer an den Bürgermeister von Innsbruck: „Der Abschied von Frankfurt, gestern Abends, war rührend und unser Zug von der Festhalle bis zum Bahnhof stürmisch begrüßt. Das Festcomité mit dem Präsidenten, die Turnercompagnie und Musik gaben uns bis Ehrengelände. Die österreichische Bundesgandfante, Desterreicher, Volksmenge am Bahnhof. Es erfolgten Ansprachen, Gesang, Zursch und Umarmungen. Wir haben 110 Silberbedr. Bergmann erstes, Stadler zweites Best aus der Schweiz Donau. Soeben (halb 9 Uhr) sind wir in Nürnberg angekommen. Ungeheurer Jubel, reichlichste Bewirtung. Morgen Donnerstag um halb 6 Uhr Abends Ankunft in Innsbruck.“

An dem nach Beendigung des eigentlichen Turnfestes in Rendsburg abgehaltenen Turntage wurde der Beschluß gefaßt, das nächstjährige Turnfest in Kiel abzuhalten.

Frankreich.

Paris, 22. Juli. In der gestrigen Sitzung der Akademie der Wissenschaften verlas Velpaue eine von einem Herrn Demareux eingereichte Denkschrift, welche den Nachweis führte, daß „die männliche Bevölkerung des Vos-Departements in Folge des Tabakrauchens bedeutend gesunder geworden“ sei, weshalb es wohl zu empfehlen sein möchte, „das Tabakrauchen in den Schulen und Lycées einzuführen“. Unter den Akademikern entspann sich, wie der Moniteur meldet, eine lebhafteste Debatte über diesen Vorschlag. — Gestern hat, laut Moniteur, der Staats-Minister den ersten Eckstein des größtentheils bereits fundamenternten neuen Opernhauses feierlich eingesezt. — Morgens wurde die 30 Kilometer lange Eisenbahnstrecke von Troyes nach Paris-Saint-Denis eröffnet. Der Moniteur liefert heute darüber einen langen Bericht. — Die Prinzessin Clotilde hat es aufgeben müssen, ihr Kind selbst zu stillen, wie sie Anfangs gewünscht hatte. Der junge Prinz hat jetzt eine Amme bekommen. Die Taufe des Prinzen soll erst im October stattfinden, wo dann Victor Emanuel nach Paris kommen würde. — Die 2000 Mann französische Truppen, die sich auf dem Niens-Dampfschiff Imperial und dem Transportschiff Yonne in Algier nach Mexico eingeschifft haben, sind am 14. d. M. in Teneriffe angekommen. Dieselben begeben sich direct nach Drizaba. — Der General Forey hat es sich vorbehalten, die Regimenter, welche die Expedition nach Mexico mitmachen sollen, selbst auszuwählen. Der General will, wie es ihm auch seine Instruktionen vorschreiben, einen „grand coup“ ausführen. Der Kaiser soll ihm in Wichy gesagt haben: „Marchez vite et frappez fort“. — Der Admiral Jurien de la Gravelle wird sich nicht vor 14 Tagen einschiffen. — In der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag sind dem russischen Gesandtschaftssecretär von Tolstoi in seiner Wohnung (Straße Montaigne) mittelst Einbruches 35,000 Fr. gestohlen worden. — Herr Louis Beauvois, der bekannte Redacteur des früheren „Univers“, vermählt sich mit einer Marquise de Champagne.

Die drei orleanischen Prinzen sind am vorigen Sonntag mit dem Dampfboot Arabia aus New York in England eingetroffen.

Während der Graf von Paris und der Herzog von Chartres nach Europa zurückkehren, hat Prinz Joinville beschlossen, seinen Sohn, den Herzog von Pen-

thievre, in der Unions-Marine weiter dienen zu lassen. Nicht den Herzog von Nemours, sondern den Grafen von Paris wird die (als demnächst erscheinend erwählte) Brochure über den Stand der politischen Angelegenheiten im Allgemeinen, insbesondere aber über den der amerikanischen zum Verfasser haben.

Spanien.

Das „Pays“, das die definitive Ernennung des General Jose Concha zum Gesandten in Paris meldet, bemerkt dabei, daß derselbe das Verhalten Prim's in Mexico nicht gebilligt hat. Das genannte Blatt behauptet außerdem, daß eine Modification des spanischen Ministeriums bevorstehe, und daß Hr. Cosello und seine Freunde Alles aufbieten, um eine Verständigung zwischen Spanien und Italien herbeizuführen. Dem „Pays“ wird ferner aus Madrid gemeldet, daß der General Prim eine Audienz bei der Königin Isabella gehabt, und daß diese ihm ein wichtiges Amt übertragen habe.

Die Madrider Correspondencia ist zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß der angeblich vom General Prim als Antwort auf die Rede des Hrn. Bilsault geschriebene Brief nicht von dem General herrührt. General Prim habe nicht einmal daran gedacht, einen solchen Brief zu schreiben. General Prim hat dem Ministerpräsidenten einen langen Besuch abgestattet. Die Correspondencia kann über diese Unterredung weiter nichts mittheilen, als daß zwischen beiden das herzlichste Einverständnis geherrscht habe.

Italien.

Wie die Opinion nationale meldet, hat eine Fregatte unter spanischer Flagge 200 vollkommen bewaffnete Leute bei Salerno ans Land gesetzt, welche die Bourbonisten im Neapolitanischen verstärken sollen. Auf die Nachricht vom Herandrücken piemontesischer Truppen flüchteten die Ankömmlinge ins Gebirge.

Triflany hat nach Festnahme des Chiaovone nun auch den Bandenführer Zimmermann verhaften lassen, weil er die Autorität des Spaniers nicht anerkennen wollte.

Laut Nachrichten aus Rom vom 19. Juli hat der Papst seine Abreise aufs Land verschoben.

Der „N. P. Z.“ wird aus Rom 15. Juli geschrieben: Man ist in der römischen Gesellschaft sehr verwundert über die Haltung des Grafen Kisteff (Gesandten beim römischen Stuhl) und des Fürsten Wolkonski (Gesandten bei Franz II. Beide erklären übereinstimmend, daß sie keine Anzeige von der russischen Anerkennung von Neu-Italien erhalten hätten. Sonderbar! Auf der anderen Seite zeigt sich der Vertreter Englands, was bis vor kurzer Zeit durchaus nicht der Fall war, ausnehmend artig und zuvorkommend gegen die Freunde und Anhänger der legitimen Fürsten. Er macht ihnen allerdings keine Verpöndungen, aber er macht Hoffnungen; was dahinter steckt, weiß ich nicht, das Gebahren des Mannes aber fällt sehr auf.

Rußland.

Ein in St. Petersburg am 16. d. erschienenes Manifest zeigt dem Volke die Geburt eines Neffen Sr. kais. Majestät und Sohnes des Großfürsten Constantin an, der den Namen Wjatscheslaw (der russische Name für Wackaw, Wenzel) erhalten hat. Der neugeborene Großfürst ist zum Chef des Inf.-Reg. Murom ernannt und sein Name in die Regiments-Register der Cavallerie-Garde und der Garde-Alanen eingetragen.

Jaroszyński, schreibt man der „Schl. Btg.“ aus Warschau, soll in den letzten Tagen sich zu Verständnissen herbeigelassen haben. Auch erzählt man allgemein, daß Wielopolski den Proceß gegen den Attentäter von Civilrichtern führen zu lassen und vom Publikum dreihundert Personen beizuziehen vorgeschlagen habe. Manche hiesige Bürger, welche neulich zumminut hatten, haben deshalb Drohbriefe erhalten. Auch die geheimen Blätter sprechen sich gegen dergleichen veröhnliche Symptome energisch aus. Mehrere Mitglieder der vorjährigen Bürger-Delegation sind in solcher und ähnlicher Weise bereits mit Schmäbungen und Caricaturen ausgezeichnet worden. Trotzdem hat man nicht den Muth, jene Werke der Nacht zu verachten; im Gegentheil beugt man sich noch immer vor den Weisungen jener Organe und befolgt sie thatsächlich. Vom Großfürsten und von Wielopolski ist seit einigen Tagen nichts bekannt geworden. Nur hat letzterer in einer Sitzung der Regierungskommission des Innern präsidirt, worauf die Instruktion für die Durchführung des Juden-Emancipations-Gesetzes festgestellt wurde. Die lästige und inhumane Tagzettelabgabe für auswärtige Juden kommt auf Anregung der Regierung und Beschluß unseres Stadtrathes vom 1. Januar an in Wegfall. Von letzterer Corporation ist im Uebrigen nichts zu hören und zu lesen, während man grade über ihre Thätigkeit regelmäßige Berichte erwartete. — Gestern ist General v. Ramsay von St. Petersburg zurückgekehrt, wo er mit dem Kaiser conferirt hatte. Der General ist zum Oberbefehlshaber der ersten Armee ausgerufen und wird sein Commando wohl nächstens antreten. — Ein hiesiges Blatt veröffentlicht heute einen Aufruf an die polnischen Schriftsteller und Künstler zur Bereinigung an einem Album, welches im nächsten Jahre zur Feier der angeblich tausendjährigen Einführung des Christenthums und der päpstlichen Monarchie in Polen erscheinen soll. Die Anregung zu diesem Erinnerungsdenkmal geht von dem bekannten „Tygodnik Polnaki“ aus. Zur Kennzeichnung der Bereinigung genügt es die ersten Worte des Aufrufs wörtlich anzuführen. Sie lauten: Ohne uns einzuweilen in irgendwelche gelehrte Beweise einzulassen, ob und wann Pias gelebt und den polnischen Thron bestiegen hat, ob und wer die Engel waren, welche ihm den Glanz seiner Familie und des Landes vorausverkündeten, laßen wir, weil die Zeit drängt, alle Schriftsteller u. s. w. — Die Verhaftungen in Pabianice sind wohl vorzugsweise deshalb erfolgt, weil sich der auf Erwerb gemeinschaft gerichtete Verein ungeschickter Weise „Ga-

N. 43284. Kundmachung (3971. 1-3)

Lauf Eröffnung der k. k. Direction der Staatsschuld vom 1. Juli d. J. 2280 sind bei der am 1. Juli d. J. stattgehabten 360. und 361. Verlosung der alten Staatsschuld die Serien Nr. 22 und Nr. 100 gezogen worden.

Die Serie 22 enthält Banko-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 5% von Nr. 16,203 bis einschließig Nr. 16,846 im Capitalbetrage von 979,427 fl. und die nachträglich eingereichten n. ö. ständischen Domestic-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 4% von Nr. 2050 bis einschließig 2230 und Nr. 2298 im Gesamtcapitalbetrage von 257,219 fl. 45 1/2 kr. und die n. ö. ständ. Domifical-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 6% von Nr. 2 bis einschließig 13 im Capitalbetrage von 21,366 fl.

Die Serie 100 enthält Banko-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 5% von Nr. 91,117 bis einschließig 92,186 im Capitalbetrage von 1,001,476 fl. 30 kr. und die nachträglich eingereichten n. ö. ständischen Domestic-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 4% von Nr. 5115 bis einschließig 5286 im Capitalbetrage von 84,431 fl. 50 kr., und die n. ö. ständ. Domestic-Obligationen im ursprünglichen Zinsfuß von 3% von Nr. 1/3 bis einschließig 1/18 im Capitalbetrage von 18,200 fl.

Diese Obligationen werden nach den Bestimmungen des a. h. Patentes vom 21. März 1818 auf den ursprünglichen Zinsfuß erhöht und infolgedessen dieser mit 5% Conv. Nze. entfällt, nach dem mit der Kundmachung des h. Finanz-Ministeriums vom 26. October 1858 Z. 5286 (N. G. B. Nr. 190) veröffentlichten Umstellungs-Maßstabe in 5% auf österr. Währ. lautende Staatsschuldverschreibungen umgewandelt.

Zur die verlosenen Obligationen, von minderen Zinsfuß als 5% werden auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen 5% auf österr. Währ. lautende Obligationen erfolgt.

Von der k. k. galizischen Statthalterei. Lemberg, am 7. Juli 1862.

N. 43284. Obwieszczenie.

Podług uwiadomienia c. k. Dyrekcji długów Państwa z lgo lipca 1862 do l. 2280, wyciągnięto przy 360tem i 361em losowaniu dawniejszego długu Państwa odbytém dnia 1 lipca 1862 serye Nr. 22 i Nr. 100.

Serya 22 zawiera obligacye bankowe pierwotnej 5% stopy procentowej od Nr. 16,203 do Nr. 16,846 włącznie w ilości kapitału 979,427 zlr. i dodatkowo przydane obligacye domestykalne niższo-austr. stanów 4% pierwotnej stopy procentowej od Nr. 2050 do Nr. 2230 włącznie i Nr. 2298 w ogólnej sumie kapitału 257,219 zlr. 45 1/2 kr., oraz niższo-austr. obligacye dominikalne 6% pierwotnej stopy procentowej od Nr. 2 do 13 włącznie w ilości kapitału 21,366 zlr.

Serya 100 zawiera obligacye bankowe 5% pierwotnej stopy procentowej od Nr. 91,117 do 92,186 włącznie w ilości kapitału 1,001,476 zlr. 30 kr. i dodatkowo przydane obligacye domestykalne stanów wyższo-austr. 4% pierwotnej stopy procentowej od Nr. 5115 do 7897 i Nr. 13,371 w ogólnej ilości kapitału 84,431 zlr. 50 kr., tudzież wyższo-austr. stanowe obligacye domestykalne 3% pierwotnej stopy procentowej od Nr. 1/3 do 1/18 w ilości kapitału 18,200 zlr.

Za te obligacye będą wydane według postanowień najwyższego patentu z dnia 21 marca 1818 obligacye pierwotnej stopy procentowej podwyższone, i o ile takowa do 5% mk. dojdzie wedle ogłoszonej obwieszczeniem ministerstwa skarbu z dnia 26 października 1858 l. 5286 (Dz. Pr. P. l. 190) skali przeniesienia na 5% w walucie austr. opiewające obligacye długu Państwa zamienione.

Za wylosowane obligacye niższej jak 5% stopy procentowej będą wydane na żądanie strony według zawartych w wspomnionem ogłoszeniu postanowień, 5% na walutę austriacką opiewające obligacye wydane.

Z c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 7 lipca 1862.

N. 11890. Edykt. (3986. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Ignacego hr. Potulickiego, że przeciw niemu p. Ludwik Hoelcel de Sternstein wniósł pod dniem 1 maja 1862 pozew o zapłaconie sumy 3717 zła. z przynależnościami. W załatwieniu tegoż pozwu wyznaczonym jest termin sądowy na dzień 26 sierpnia 1862 o godzinie 10 1/2 rano.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tegoż, tutejszego adwokata p. Dra Kańskiego z zastępstwem adwokata p. Dra Koreckiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy przedłożyć, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrać i o tem c. k. Sądowi krajowemu donosić w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 8 lipca 1862.

N. 43140. Kundmachung. (3970. 1-3) N. 10889. Edikt. (3985. 2-3)

Zur Sicherstellung der Deckstofflieferung im Podgórzter Straßenbaubezirke, Krakauer Kreis, für das Verw.-Jahr 1863 wird hiemit die Offert-Verhandlung ausgeschrieben.

- Das Erfordernis besteht, und zwar: a) auf der Wiener Hauptstraße in 295 Deckstoffpreismen im Fiscalpreise von 1535 fl. 40 kr. b) auf der ersten Krakauer Verbindungsstraße in 3263 Prismen im Fiscalpreise von 15740 fl. 20 kr. und c) auf der 15ten Niepolomicer Verbindungsstraße in 475 Prismen im Fiscalpreise von 2106 fl. 65 kr.

Somit zusammen in 4035 Prismen im Fiscalpreise von 19,382 fl. 25 kr. ö. W.

Die sonstigen allgemeinen und speziellen, namentlich die mit der h. o. Verordnung vom 13. Juni 1856 Z. 23821 kundgemachten Offert-Bedingnisse können bei der Krakauer Kreisbehörde oder dem Podgórzter Straßenbaubezirke eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen ihre mit 10% Wadium belegten Offerten längstens bis zum 1. August l. J. bei der genannten Kreisbehörde zu überreichen.

Nachträgliche Angebote finden keine Berücksichtigung. Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 12. Juli 1862.

L. 43140. Obwieszczenie

Dla zabezpieczenia dostawy materiału na pokrycie w Podgórzskim powiecie budowy gościnic, w obwodzie Krakowskim na rok administracyjny 1863 rozpisuje się niniejszem pertraktacya ofertowa.

Potrzeby są następujące: a) na Wiedeńskim głównym gościncu 295 przyzmów materiału na pokrycie w cenie fiskalnej 1535 zła. 40 c., b) na 1. Krakowskim gościncu łączącym 3263 przyzmów w cenie fiskalnej 15740 zła. 20 c. i c) na 15. Niepolomickim gościncu łączącym 475 przyzmów w cenie fiskalnej 2106 zła. 65 c. Przeważnie 4035 przyzmów w cenie fiskalnej 19,382 zła. 25 c.

Reszty ogólnych i specjalnych, mianowicie tutejszem rozporządzeniem z dnia 13 czerwca 1856 l. 23821 ogłoszonych warunków ofertowych można przejrzeć u Krakowskiej władzy obwodowej lub w Podgórzskim powiecie budowy gościnic. Mających chęć przedsiębiorstwa wzywa się niniejszem, ażeby swoje w 10% wadium opatrzone oferty podali najpóźniej do dnia 1 sierpnia r. b. do wspomnionej władzy obwodowej. Późniejsze oferty nie będą uwzględnione. Co niniejszem podaje się do wiadomości powszechnej.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 12 lipca 1862.

N. 4399. Kundmachung. (3974. 2-3)

Auf der kais. kgl. priv. galizischen CARL LUDWIG-BAHN kommen in der Strecke PODGÓRZE-PODLEŻE fünf Joehbrücken in stabile Objecte umzubauen, und werden die hiebei auszuführenden Unterbauarbeiten im Offertwege hintangegeben.

Die voranschlagten Kosten betragen: Brücke St. Nr. 34 20,213 fl. 56 fr. 131 5,703 fl. 93 fr. 174 3,772 fl. 5 fr. 206 7,301 fl. 22 fr. 219 7,160 fl. 22 fr.

Gesamtkosten exclusive der Eisen-Construktionen 44,150 fl. 98 fr. ö. W.

Die Angebote müssen mit der Aufschrift: „Anbot zur Herstellung der Reconstructionsarbeiten zwischen Podgórze und Podleże“ versehen sein.

Der Nachlaß von den Einheitspreisen ist in Percenten deutlich auszudrücken und die Erklärung beizufügen, daß der Offert die Preistabelle, Pläne, Kostenüberschläge und Bedingungen, welche im Bureau der 1. Ingenieur-Section zu Krakau zur Einsicht aufstiegen, wohl verstanden habe.

Die derart verfaßten Offerte sind bis längstens 19. August l. J. an die Centralleitung der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn in Wien einzusenden und denselben ein Wadium im Betrage von 2200 fl. ö. W. in Barem oder böhmischen Effecten, oder aber mittels Erlagsschein unserer Sammlungskassa in Krakau beizulegen.

Wien, am 18. Juli 1862. Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen

Table with columns: Barom. Höhe, Temperatur, Specifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Änderung der Wärme im Laufe d. Tage. Includes data for 25, 26, 27, 28, 29, 30 July.

Zur Schwerhörige.

Der Schweizer Gehör-Liquor, ist das albekannt verläßlichste Mittel sowohl in der Schwerhörigkeit als auch in allen Ohrenkrankheiten, als: Säulen, Brausen und Laufen der Ohren, selbst bei Kindern bringt derselbe augenblickliche Hilfe, auch die Wiedererlangung des gänzlich verlorenen Gehörs ist schon oft bewirkt worden.

Preis eines Original-Flacons und Gebrauchsanweisung 1 fl., mit Postverendung 10 kr. mehr. Zu beziehen für Polen: In Krakau bei Herrn Carl Rzaca, Spezereihandlung; in Lemberg bei Herrn Peter Mikalusch, Apotheker. (3928. 1)

Wiener - Börse - Bericht vom 24. Juli. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with columns: Geld Waer., In Oest. W. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl., etc.

B. Per Anländer. Grundentlastungs-Obligationen

Table with columns: von Nieb. Oest. zu 5% für 100 fl., von Währen zu 5% für 100 fl., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.

U. C. K. E. N. (Pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W., etc.